

Erzgeb. Volksfreund

Tageblatt und Amtsblatt

für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzm. Wildenfels.

Telegraphen-Adresse: Volksfreund und Schneeberg.

Correspondenten: Schneeberg 10, Aue 81, Schwarzenberg 19.

Nr. 263.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Feiertagen und Festtagen. Abonnements monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Pf., halbjährlich 3,00 Pf., jährlich 6,00 Pf., im voraus zu entrichten. In den auswärtigen Postämtern kostet die Ausgabe 10 Pf., im Inland 5 Pf. Die Zeitungspreise sind in den Nummern angegeben.

Sonntag, den 11. November 1911.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Feiertagen und Festtagen. Abonnements monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Pf., halbjährlich 3,00 Pf., jährlich 6,00 Pf., im voraus zu entrichten. In den auswärtigen Postämtern kostet die Ausgabe 10 Pf., im Inland 5 Pf. Die Zeitungspreise sind in den Nummern angegeben.

64. Jahrg.

In Oberschönbuche ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Der Sperbezirk besteht aus dem Ortsteil Oberschönbuche (oberhalb der Abzweigung der Bahnhofstraße von der Hauptstraße).

Das Beobachtungsgebiet erstreckt sich auf die Gemeinden Schönheide mit Gutsbezirk, Schönheiderhammer, Neuheide, Ober- und Unterföhrengrün, Schwarztanne, Vogelsgrün und Rantentanz mit Gutsbezirk.

Es gelten die gleichen Bestimmungen wie in der Bekanntmachung der Königlich-Amtshauptmannschaft Schwarzenberg vom 16. August 1911, die Maul- und Klauenseuche in Dittersgrün betr. — abgedruckt in Nr. 191 des Erzgeb. Volksfreunds —, auf die ausdrücklich hingewiesen wird. Bemerkte wird hierbei zu Punkt 12 dieser Bekanntmachung, daß Jagdhunde im Sperbezirk bei der Jagd außerhalb der bebauten Ortsteile unter Aufsicht umherlaufen dürfen.

Schwarzenberg und Auerbach, am 7. November 1911.

Die Königlich-Amtshauptmannschaften.

Johanngeorgenstadt.

Der II. Nachtrag zum Regulativ über die Erhebung von Besitzveränderungsabgaben in der Stadtgemeinde Johanngeorgenstadt vom 15. Juni 1903 liegt bis 25. November 1911 in der hiesigen Ratsexpedition zur Einsichtnahme aus.

Johanngeorgenstadt, am 8. November 1911.

Der Bürgermeister. Rosenfeld.

Löbnitz. Vogtl.-Erzgeb. Verbandstheater.

Sonntag, 12. November, Ab. 8 Uhr im Deutschen Hause

Minna von Barnhelm oder: Das Soldatenglück.

Ursprung in 5 Akten von G. E. Lessing.

Im Vorverkauf: Sperrpl. 1,20 M., 1. Platz 80 P., 2. Platz 40 P., (an der Kasse: 1,50 M., 1. A., 50 P.)

Vorverkauf bis Ab. 7 Uhr: Deutsches Haus, Gutgeschäft Sadjos, Drogerie Uhlmann, sowie drittl. Verkaufsstellen der beiden Konsumvereine.

Der Rat der Stadt Löbnitz.

Neustädtel.

Etwa 100 Zentner Kartoffeln sind von den bestellten 600 Zentnern noch zu vergeben.

Etwasige Bemerkungen sind umgehend anzumelden, da die Kartoffeln in den nächsten Tagen eintreffen. Preis 3,80 M. für jeden Zentner.

Der Stadtrat.

Nachruf.

Am 6. dieses Monats verschied in Bad Elster der Gemeindeälteste unseres Ortes

Herr
Fabrikdirektor Ernst Mehlhorn,
Ritter pp.

Der Entschlafene hat seit 1881 dem Gemeinderat und seit 1885 dem Schulvorstand angehört. Während dieser langen Reihe von Jahren hat er in beiden Körperschaften der Gemeinde treu und selbstlos mit seinem erfahrenen Räte beigestanden und sie fördern helfen, auch wäiter seine Person in aufopfernder Weise in den Dienst der Nächstenliebe und Allgemeinheit gestellt als Mitgründer und Kurator des Frauenvereins, Mitgründer und langjähriger Führer der Freiwilligen Feuerwehr und in anderen Ehrenämtern.

Die Gemeinde wird ihm ein ehrendes und dankbares Gedenden bewahren.

Niederschlema, den 8. November 1911.

Der Gemeinderat. Der Schulvorstand.
Gemeindevorstand Klemm, Vors.

Fachschule für Handmaschinenstickerei Schneeberg.

Aufnahme finden junge Leute vom 16. Lebensjahre ab. Kursusdauer 6 Wochen. Anmeldegebühr 5 M.

Anmeldungen erbeten an
Schneeberg, 7. November 1911.

die Direktion.

Jahrmarkt in Neustädtel.

Sonntag und Montag, den 12. und 13. November 1911.

Die Marokkodebatte im Reichstag.

Die Rede, welche der Reichskanzler am gestrigen Donnerstag zur Rechtfertigung des Marokkoabkommens im Reichstag gehalten hat, hat die Antwort auf die mannigfachen Mittel dieser Episode deutscher Politik nicht gelöst. Agadir, Lloyd George, Cartwright, Entenschnabel, Vindequist usw., die Auskunft über alles dies war nicht genügend. Das war auch die Meinung der Redner, die am ersten Tage der Debatte zu Wort kamen. Zentrum, Konservativen und Nationalliberalen gaben durch ihre Führer zu verstehen, daß im Interesse des Ansehens des Reichs die deutsche Marokkopolitik zu verurteilen sei. Zeitweise Anerkennung fand der Kanzler dafür bei Bebel, der u. a. aus dem Dreibund einen Vierbund (mit England) gemacht wissen will.

Die Kritik der Algecirasakte, die der Kanzler am Anfang seiner Rede gab, war eigentlich eine Anklage gegen die Diplomaten, welche einem derartigen Vertrag zum Leben verhelfen. „Es zeigte sich bald, daß eine wesentliche Voraussetzung, die Selbstständigkeit Marokkos aufrecht zu erhalten, fehlte. Frankreich schaltete vermöge seines allmächtig absolut gewordenen Einflusses auf den Sultan ziemlich unbeschränkt als Herr im Lande.“ Ja, mußten das unsere Diplomaten nicht voraussehen, verstanden sie es nicht, diese Durchbrechung der Akte von Anfang an zu hindern? Der Zweck der Entsendung des Panther ist nach der Erklärung des Kanzlers der gewesen, Leben und Eigentum der Reichsangehörigen zu schützen! Wenn das richtig wäre, so hätte man ein Expeditionskorps ausgerüstet müssen, denn Deutsche saßen nicht nur in Agadir. Dabei hat man nicht einmal gewagt, eine Abteilung Seesoldaten zu landen! Vom rein formalen Standpunkt aus hätten wir die Wiederherstellung des Status von 1906 fordern können“, erklärte Bethmann weiter. „Praktisch war es unmöglich. Ohne weitere Wirren befürchten zu

müssen, konnte Marokko nicht ganz von den Truppen entblößt werden. Außerdem wäre die Herstellung des alten Status nur eine höchst unvollständige gewesen, weil der nachhaltige Eindruck, den das Vorgehen Frankreichs hervorgerufen hatte, auch nach Zurückziehung der Truppen bestehen geblieben wäre. Schließlich wären wir auch nur, und zwar unter für uns ungünstigen Umständen, zu einem Punkte zurückgekehrt, welcher der Ausgange jahrelanger Streitereien gewesen wäre, deren Beseitigung von beiden Regierungen gleichmäßig gewünscht wurde. Es ist eine unwahre Behauptung, wenn die Schiffsendung nach Agadir als Provokation oder Drohung dargestellt wurde. Wir provozieren und bedrohen niemand, aber wir wollen unsere Rechte, und wir werden uns darin durch niemand betreten lassen.“ Dieser Grundsatz ist in der Politik nicht durchzuführen, ganz davon abgesehen, daß die Ansichten darüber, auf welcher Seite das Recht in der Politik ist, fast immer verschieden sind. Früher hießes: Wir fürchten nichts auf der Welt! Das war unabweisbar. — Bei den Verhandlungen mit Frankreich, fuhr der Kanzler fort, ist der leitende Gedanke der, daß sich die Unmöglichkeit ergeben hätte, daß die Marokkaner sich aus eigener Kraft die Ordnung in ihrem Lande herstellen und aufrecht erhalten, und daß es dazu des Eingreifens einer fremden Macht bedürfte. Dies konnte für den überwiegenden Teil Marokkos nur Frankreich sein. Je größer die Freiheit war, die Frankreich hierbei hatte, desto mehr kam es in die Lage, die Bürgschaft und die Verantwortung für die Ordnung zu übernehmen. Dagegen haben wir weitergehende und detaillierte Garantien für die Gleichberechtigung des nichtfranzösischen Handels, der nichtfranzösischen Industrieerhalten. Wir haben es uns insbesondere angelegen sein lassen, der Ein- und Ausfuhr die Gleichberechtigung zu sichern, besondere Bürgschaften für die Gleichberechtigung bei Vergabung öffentlicher Arbeiten zu erhalten, unserer Schifffahrt die Zulassung zu sichern, unserem Handel die Benutzung aller Verkehrsmittel zu Wasser und zu Lande zu ermöglichen.

Ein besonderes Augenmerk ist der Frage der Erziehung gewidmet worden. Ob die Hoffnungen erfüllt werden, die darauf gesetzt werden, vermag ich nicht zu entscheiden. Wir haben aber die Möglichkeit großer Erfolge bei den Verhandlungen nicht aus den Augen verloren. Wir haben den Deutschen die freie Konkurrenz im Bergbau gesichert, wir haben uns nach Anhörung von Sachverständigen über die Bestimmungen geeinigt, die der Belegung von Terrains ohne Abbau entgegenwirken und wir haben dafür gesorgt, daß die gefundenen Erze freibleiben und nur mit bestimmten verträglich festgesetzten Abgaben belastet werden. Ich glaube, daß mit allen diesen Bestimmungen unseren wirtschaftlichen Interessen in Marokko ein guter Dienst geleistet worden ist.

Neben den Äußerungen Vindequists sagte der Kanzler folgendes: Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes widerstrebt von Anfang an dem Erwerb eines größeren Kolonialbesitzes, wie er uns jetzt zugefallen ist. Da dieser Ansicht kein genügender Einfluß auf die Richtlinien der Verhandlungen gegeben wurde, hat Dr. Vindequist bereits im Sommer dieses Jahres um seinen Abschied. Das Abschiedsgesuch war von Seiner Majestät auf meinen Antrag während Schwabens der Verhandlungen abgelehnt worden. Gegen die Abtretung deutschen Landes hatte Herr v. Vindequist prinzipielle Bedenken. (Stürmisches Sehr richtig! und Bravo! auf verschiedenen Seiten), erklärte aber schließlich selbst, daß es ohne solche Abtretung nicht zum Abschluß gekommen wäre, die Abtretung des jetzt an Frankreich gebietenen Gebietes für erträglich. (Bewegung.) Am 28. Oktober tauchte in der Presse das Gerücht von der bevorstehenden Demission des Herrn v. Vindequist auf. Es ist mit Zustimmung des Herrn v. Vindequist demontiert worden. Wenige Tage darauf wiederholte Herr v. Vindequist sein Abschiedsgesuch. Er hatte wieder in einem schriftlichen Botschaft scharfe Einwendungen gegen den ihm vorgelegten Text des vorgeschlagenen Vertrags.